

## **Die CDU Nordfriesland fordert die Landesregierung auf: Fairer Finanzausgleich statt $\pi$ mal Daumen**

### **Unsere Forderungen:**

- Nordfrieslands besondere Situation durch Inseln und Halligen berücksichtigen, keine weitere Schwächung des Kreises Nordfriesland
- Stärkung der Ausgleichsfunktion statt höhere Ungerechtigkeit
- Fairer Finanzausgleich statt  $\pi$  mal Daumen

### **Unsere Begründung:**

#### **1. Nordfrieslands besondere Situation durch Inseln und Halligen berücksichtigen, keine weitere Schwächung des Kreises Nordfriesland**

Die aktuelle Version des Gesetzentwurfs bedeutet eine Verschlechterung von 10 Millionen Euro für den Kreis Nordfriesland. Das ist eine unzumutbare Mehrbelastung, die nicht hingenommen werden kann.

Selbst wenn man die finanziellen Verbesserungen einiger Gemeinden und Städten von dieser Summe abzieht, so bleibt ein finanzielles Minus von fast 5,6 Mio € für die kommunale Familie in Nordfriesland bestehen. Eine unzumutbare Summe!

Nordfriesland muss handlungsfähig bleiben.

Nordfrieslands spezielle Situation mit Inseln und Halligen muss beim Finanzausgleich Berücksichtigung finden.

Die CDU Nordfriesland fordert die Landesregierung auf, die besondere Situation des Kreis Nordfriesland beim Finanzausgleich zu berücksichtigen.

#### **2. Stärkung der Ausgleichsfunktion statt höhere Ungerechtigkeit**

Neben der Tatsache, dass der kommunalen Familie in Nordfriesland fast 5,6 Mio € fehlen werden, fällt besonders auf, dass dem Kreis Nordfriesland eine wichtige Möglichkeit genommen wird, seiner Ausgleichsfunktion nachzukommen und für eine höhere Gerechtigkeit unter den Kommunen zu sorgen.

Bisher wurde mit der Zusatzkreisumlage für mehr finanzielle Gerechtigkeit unter den Gemeinden und Städten gesorgt. Diese wird nun durch den neuen Entwurf in Frage gestellt.

Viele Gemeinden in Nordfriesland profitieren besonders stark vom Tourismus und der Energiewende, andererseits gibt es auch eine Vielzahl von Gemeinden, die finanziell unterdurchschnittlich ausgestattet sind.

Um seiner Ausgleichs- und Ergänzungsfunktion nachzukommen, hat der Kreis Nordfriesland im Jahr 2013 - in einem mit der kommunalen Ebene abgestimmten Prozess- einen internen Finanzausgleich geschaffen. Dieser sorgt –neben der Zusatzkreisumlage – für einen zusätzlichen finanziellen Ausgleich. Durch die Kürzung von 10 Mio € für den Kreis NF wird dieser jedoch gezwungen, dieses zusätzliche Instrument für mehr Gerechtigkeit wieder abzuschaffen.

Die CDU Nordfriesland fordert die Landesregierung auf, durch das FinanzAusgleichsgesetz für vergleichbare Lebensbedingungen im ganzen Land zu sorgen.

Wenn sich die Landesregierung dies nicht zutraut, soll sie den Kreisen weiterhin die Erhebung der Zusatzkreisumlage erlauben, damit diese für mehr Gerechtigkeit sorgen können.

### **3. Fairer Finanzausgleich statt Ɔ mal Daumen**

Am Stärksten fällt bei der aktuellen Version des Gesetzentwurfs auf, dass die Gerechtigkeit keinen hohen Stellenwert hat.

Wie lässt sich sonst erklären, dass eine reiche Gemeinde wie Kampen zusätzliche Mittel bekommt und dadurch in der Finanzkraft pro Einwohner auf das fast 5fache des nordfriesischen Durchschnitts steigt?

Wie lässt es sich erklären, dass die Gemeinde Reußenköge zusätzliche Mittel bekommt und dadurch auf das 8fache der durchschnittlichen Finanzkraft steigen?

Wieso bekommt Norderfriedrichskoog zusätzliche Mittel, um auf das über 100fache der durchschnittlichen Finanzkraft zu steigen?

#### **Ɔ mal Daumen?**

Warum wird das Geld so ungerecht verteilt?

Ein fairer Finanzausgleich bedeutet auch, dass diejenigen Gemeinden, die in den vergangenen Jahren bereits Haushaltskonsolidierung betrieben haben, nicht bestraft werden dürfen.

Diese Bestrafung erfolgt jedoch dadurch, dass die tatsächliche Ausgaben als Grundlage der Berechnung dienen und nicht die Aufgaben der jeweiligen kommunalen Ebene.

Dadurch werden alle Körperschaften bestraft, die bereits eingespart und konsolidiert haben und diejenigen belohnt, die Ihre Ausgaben bewusst nicht reduziert haben.

Hier besteht ein Fehler im System! Die CDU Nordfriesland fordert die Landesregierung auf, Ihre Regeln für den aktuellen Gesetzentwurf transparenter darzustellen und vor allem eine aufgabengerechte Verteilung zu organisieren, um mehr Beachtung auf einen fairen Finanzausgleich zu legen.

Für den KPV-Kreisvorstand

Christian Schmidt